



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 125-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.320

Eingereicht am: 04.06.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Reinhard (Thun, FDP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt:
Dringlichkeit gewährt: Nein

RRB-Nr.: vom
Direktion: ...
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Verkehrspolitik gegen das Gewerbe? Erreichbarkeit von Innenstädten für Handwerker, Lieferanten, Dienstleister und Betreuungsdienste sicherstellen!

In mehreren Städten ist eine Entwicklung zu beobachten, die Handwerker, Lieferanten und weitere Dienstleister zunehmend vor kaum lösbare Probleme stellt: Fahrspuren werden reduziert, Ladezonen aufgehoben, Zufahrten gesperrt oder zeitlich massiv eingeschränkt. Fahrradachsen, Begrünungsprojekte und Verkehrsberuhigungen werden einseitig umgesetzt, ohne funktionierende Lösungen für das Gewerbe anzubieten. Die Folge: Handwerker können Material nicht mehr ausladen, Dienstleister finden keine Haltemöglichkeiten, spontane Einsätze werden verunmöglicht – was schliesslich dazu führt, dass gewisse Gebiete gar nicht mehr bedient werden. Besonders gravierend ist die Situation auch für ältere Personen und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Sie sind vielfach auf Pflegedienste, Fahrdienste, mobile Ärztenetzwerke oder auch handwerkliche Hilfeleistungen im Alltag angewiesen. Wenn diese Dienste nicht mehr oder nur mit grossem Aufwand erbracht werden können, führt dies zu einer echten Versorgungslücke – mitten in unseren Städten.

Die Verkehrspolitik darf nicht blind auf Symbolpolitik setzen, sondern muss auch die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Grundversorgung berücksichtigen. Städte sind kein Freilichtmuseum – wer will, dass Gebäude, Anlagen und Menschen versorgt, gepflegt und unterstützt werden, muss sicherstellen, dass die entsprechenden Personen überhaupt dorthin gelangen können. Gerade ältere Menschen haben ein Anrecht darauf, dass sie nicht durch falsche Verkehrspolitik zusätzlich isoliert oder benachteiligt werden.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die aktuelle Erreichbarkeit der grösseren Städte im Kanton für Handwerker, Lieferdienste, Pflegedienste und weitere mobile Dienstleister ein?

2. Wie beurteilt der Regierungsrat die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen von stark eingeschränkten Lade- und Zufahrtsmöglichkeiten auf das Gewerbe sowie auf die Versorgung älterer und betreuungsbedürftiger Menschen?
3. Gibt es im Kanton Mindeststandards oder Empfehlungen zur Berücksichtigung von Gewerbe- und Betreuungsbedürfnissen in städtischen Verkehrskonzepten?
4. Inwiefern kann der Kanton bei kommunalen Verkehrskonzepten mitreden, insbesondere wenn Kantonsmittel (z. B. für Strassenbau, Velowege oder Begrünung) eingesetzt werden?
5. Sieht der Regierungsrat die Notwendigkeit, dass bei Verkehrsprojekten künftig systematisch die Auswirkungen auf Gewerbe, Versorgungssicherheit und Erreichbarkeit geprüft und transparent gemacht werden?
6. Wäre der Regierungsrat bereit, in einem Bericht darzulegen, welche städtischen Projekte in den letzten fünf Jahren zu einer Verschlechterung der Erreichbarkeit für Gewerbe, Pflegedienste und ähnliche Dienstleister geführt haben – und welche Massnahmen in Planung oder Umsetzung sind, um Gegensteuer zu geben?

Verteiler

– Grosser Rat